

Eskalation im Raum Kunduz

Wer sind die Aufständischen in Nordostafghanistan?

Guido Steinberg / Nils Wörmer

Obwohl in der ersten Jahreshälfte 2010 etwa 5000 US-Soldaten nach Nordafghanistan verlegt und erste militärische Erfolge erzielt wurden, verliert der Aufstand im Raum Kunduz nicht an Intensität. Die Gewalt ist dort in den letzten Monaten weiter eskaliert. Die ungebrochene Stärke der Aufständischen beruht vor allem auf stark diversifizierten Führungs- und Logistikstrukturen. Die Aufstandsbewegung im Nordosten besteht aus mehreren Gruppierungen, die unterschiedliche strategische Ziele verfolgen, taktisch aber eng zusammenarbeiten. Hauptakteure sind die afghanischen Taliban, die Islamische Partei Gulbuddin Hekmatyars und die Islamische Bewegung Usbekistans. Hinzu kommen das Haqqani-Netzwerk und al-Qaida. Eine genaue Kenntnis der ideologischen und strategischen Eigenheiten dieser Gruppierungen ist notwendig, weil nur so eine effektive militärische Bekämpfung möglich ist und sich nur so beurteilen lässt, wer gegebenenfalls als Verhandlungspartner berücksichtigt werden muss.

Die Zahl der Angriffe und Anschläge Aufständischer hat sich in den nordostafghanischen Provinzen Baghlan, Kunduz und Takhar im Vergleich zu 2009 deutlich erhöht. Laut einer Studie des Afghanistan NGO Safety Office (ANSO) nahmen die Zwischenfälle in den ersten neun Monaten 2010 in der Provinz Kunduz um 39 Prozent, in Takhar um 95 Prozent und in Baghlan sogar um 140 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zu. Die Zahlen verdeutlichen, dass weder die Entsendung von US-Streitkräften in den deutschen Verantwortungsbereich noch die Anpassung des deutschen Vorgehens bei der Aufstandsbekämpfung im Juli die seit 2006 zu beobachtende Eskalation des Aufstands verhindern konnten.

Im Raum Kunduz (vgl. Karte, S. 8) operieren drei afghanische – Taliban, Islamische Partei (Hezb-e Islami Gulbuddin, HIG), Haqqani-Netzwerk – und bis zu drei transnationale Organisationen – Islamische Bewegung Usbekistans (IBU), al-Qaida, Islamische Jihad-Union (IJU). Die besondere Stärke der Aufständischen in Nordostafghanistan ist, dass sie variabel kooperieren und über eine hochgradig diversifizierte Führungsstruktur und Logistik verfügen. Der Fluss von Personal, Waffen, Ausrüstung und Geld, aber auch der Transfer von Know-how erfolgt also über voneinander unabhängige Strukturen und Wege. Dies ermöglicht es den Aufständischen, auch schwere Verluste schnell und effektiv auszugleichen.

Einen Beleg für die Diversität der Aufstandsbewegung bietet die Ermordung des langjährigen Gouverneurs von Kunduz, »Engineer« Mohammed Omar, am 8. Oktober 2010. Engineer Omar wurde während des Freitagsgebets in einer Moschee in seinem Heimatort in der Provinz Takhar durch einen vorab versteckten Sprengsatz getötet. Obwohl bei den deutschen Vertretern vor Ort hochgradig umstritten, war der mit sechseinhalb Jahren am längsten amtierende Provinzgouverneur Afghanistans der wichtigste Partner Deutschlands in der Provinz Kunduz.

Der Tod des Gouverneurs ist ein großer Erfolg für die Aufständischen, die mehrfach Attentate auf ihn verübt hatten. Der Zeitpunkt hätte nicht günstiger sein können: Im Jahr 2010 wurden mehrere »Schattengouverneure« der Taliban in Kunduz und Baghlan gefangen genommen oder getötet. Die Aufständischen zeigten nun, dass auch sie in der Lage sind, Schlüsselpersonal ihres Gegners gezielt zu liquidieren. Dies gelang zumal in einem Umfeld, in dem sie durch gerade erlittene Verluste örtlicher Kommandeure vermeintlich geschwächt waren.

Unwahrscheinlich ist allerdings, dass die Taliban verantwortlich waren. Zum einen lebt in der Provinz Takhar nur eine sehr kleine paschtunische Minderheit von nicht mehr als zehn Prozent, so dass die Taliban hier bislang kaum Fuß fassen konnten. Zum anderen bekannten sich die Taliban nicht zu dem Anschlag, obwohl sie in den Monaten zuvor in ihrer Propaganda auf die besondere Bedeutung der Provinz Takhar hingewiesen und sich vor und nach dem Anschlag zu mehreren Angriffen in der Region bekannt hatten. Wahrscheinlicher ist, dass die in Takhar besonders aktive Islamische Bewegung Usbekistans (IBU) verantwortlich war.

Eine Analyse der Phasen des Aufstands in Kunduz lässt erkennen, wie eine anfangs lokale Bewegung zusehends in den gesamt-afghanischen Aufstand und seine Führungsstrukturen eingebunden wurde, ohne dass die einzelnen Gruppierungen ihre Eigenständigkeit aufgaben.

Phasen des Aufstands in Kunduz

Im Jahr 2006 entbrannte der Aufstand im Süden und Osten Afghanistans mit aller Macht. Hauptträger waren drei Gruppierungen: die von der sogenannten Quetta-Shura geführten Taliban in den südlichen und östlichen Provinzen, das Haqqani-Netzwerk im Südosten und die Islamische Partei Gulbuddin Hekmatyars im Osten und Nordosten.

Bis 2007 gelang es diesen Gruppierungen, ihre Strukturen im Süden und Osten des Landes zu festigen und den afghanischen Sicherheitskräften und den Truppen der ISAF immer größere Probleme zu bereiten. Damit waren die Voraussetzungen für eine Ausweitung des Aufstands geschaffen. Der bis dahin vergleichsweise ruhige Norden Afghanistans geriet stärker in den Blick der Aufständischen.

Der Aufstand im Raum Kunduz (Provinz Kunduz einschließlich Teilen Takhars und Baghlans) konnte eskalieren, weil die drei maßgeblichen Akteure des Aufstands im Nordosten – die Taliban, die HIG und die IBU – auf Strukturen und Netzwerke zurückgriffen, die schon vor der amerikanisch geführten Militärintervention 2001 und dem Zusammenbruch des Taliban-Regimes bestanden hatten. Ihr Rekrutierungspotential ist hier deutlich größer als in anderen Regionen des Nordens.

Der Raum Kunduz wurde ab 2007 in kurzer Zeit zum wichtigsten Kampfschauplatz im Norden. Dort erreichten die Aktionen der Aufständischen mit etwa ein bis zwei Jahren zeitlichem Verzug das taktische und technische Niveau der Aktivitäten in Süd- und Ostafghanistan.

Die »Bad Kunduz«-Phase (Ende 2001–2005).

Ende 2001 zerschlugen die USA und die mit ihnen verbündete afghanische Nordallianz die politischen und militärischen Strukturen von Taliban und IBU. Die Überlebenden mussten nach Pakistan oder in entlegene Gebiete Süd- und Ostafghanistans fliehen. Nach der Rückkehr ihres Anführers Gulbuddin Hekmatyar aus seinem iranischen Exil in die afghanisch-pakistanische Grenzregion Anfang 2002 war es die Islamische

Partei, die als erste Gruppierung mit dem Wiederaufbau ihrer Strukturen im Raum Kunduz begann und schon in dieser Phase Anschläge verübte.

Deutsche Truppen waren ab Herbst 2003 in Kunduz stationiert, nachdem die ISAF begonnen hatte, ihren Einsatzbereich auf die Provinzen auszudehnen. Bundesregierung und Öffentlichkeit glaubten, dass die Gefahren für die deutschen Truppen in Nordostafghanistan kalkulierbar seien. Das geflügelte Wort vom Erholungsort »Bad Kunduz« machte die Runde.

Aufbauphase (2006/2007). Die Jahre 2006 und 2007 waren für die Aufständischen im Raum Kunduz eine Phase des Aufbaus: Zunächst reorganisierten sich lokale Taliban in Kunduz und Baghlan, etwas später auch IBU-Gruppen (in Kunduz und Takhar). Die Taliban, HIG und IBU wurden langsam, aber stetig aktiver. Charakteristisch für diese Phase waren Anschläge mit improvisierten Sprengsätzen (Improvised Explosive Devices, IED) und »Hit-and-run«-Angriffe: Die Aufständischen griffen dabei meist aus der Distanz (mittels Raketen, Panzerfäusten oder Mörsern) an und wichen dem eigentlichen Kampf aus.

Ab 2007 kamen im Großraum Kunduz vermehrt Selbstmordattentäter zum Einsatz – ein Indiz dafür, dass der lokale Aufstand im Nordosten seitdem eng mit der Aufstandsbewegung im Süden und Osten Afghanistans verbunden war. Die meisten Selbstmordattentäter werden bis heute im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet rekrutiert, ausgebildet und finanziert. Von dort bringen Schleusernetzwerke sie an den für sie vorgesehenen Einsatzort.

Eskalationsphase (2008/2009). Die Aufständischen leiteten ab 2008 deutlich mehr personelle, materielle und finanzielle Ressourcen nach Nordostafghanistan. Die IBU trat stärker als zuvor in Erscheinung, und die Taliban nahmen lokale paschtunische Gruppen in ihre Strukturen auf und unterstellten sie ihren militärischen Führungskräften in Quetta und Peschawar. Infolge-

dessen verschlechterte sich 2008 und 2009 die Sicherheitslage im Raum Kunduz dramatisch; der Aufstand eskalierte.

Ab der zweiten Jahreshälfte 2008 führten die Aufständischen neben Selbstmordanschlägen und Raketenangriffen auch komplexe IED-Anschläge aus. Dabei kombinierten sie den Einsatz improvisierter Sprengladungen beispielsweise mit Hinterhalten oder Angriffen von Selbstmordattentätern. Im Laufe des Jahres 2009 gaben die Aufständischen schrittweise ihre Taktik auf, den offenen Kampf mit ISAF-Kräften zu vermeiden. Seitdem zeigten sie in etlichen Gefechten, dass sie ihre technischen, taktischen und logistischen Fähigkeiten stetig weiterentwickeln.

Mittlerweile können die Aufständischen zusammenhängende (wenn auch zeitlich und räumlich begrenzte) Operationen durchführen und bedienen sich hierbei Elementen infanteristischer Kampfführung. Dies schließt die frühzeitige und fortwährende Aufklärung des Gegners, den Kampf aus vorbereiteten Stellungen, den Einsatz von Reservekräften und die logistische Versorgung im laufenden Gefecht ein.

Die »amerikanische Phase« (2010). Ab dem Frühjahr 2010 griffen US-Streitkräfte massiv in die Kämpfe mit Aufständischen in Nordafghanistan ein. Da Deutschland zunächst keine Anstalten machte, die neue amerikanische Strategie – die unter anderem nach einer massiven Anhebung der Truppenstärke ein offensiveres Agieren vorsah – im Einsatzbereich seiner Truppen zu übernehmen, entsandten die USA 5000 Soldaten zur Aufstandsbekämpfung nach Nordafghanistan. Davon sind etwa 1400 ständig im Raum Kunduz stationiert.

Die USA hatten schon seit März 2009 Spezialkräfte in Kunduz eingesetzt, die den Aufständischen empfindliche Verluste zufügen konnten. Die Amerikaner nahmen im Laufe des Jahres 2010 mehrere »Schattengouverneure« der Taliban in Kunduz und Baghlan gefangen oder töteten sie. In Takhar wurde zuletzt Anfang September 2010 Mohammed Amin liquidiert, stell-

vertretender Schattengouverneur der Taliban, der gleichzeitig eine IBU-Gruppe kommandierte. Dennoch konnte der vermehrte Einsatz von US-Truppen die Eskalation nicht stoppen.

Mit ihrer ab Juli 2010 implementierten neuen Vorgehensweise gab auch die Bundeswehr ihre bisherige Zurückhaltung in der Aufstandsbekämpfung teilweise auf. Sie operiert vermehrt in gemischten, deutsch-afghanischen Einheiten und setzt noch stärker als zuvor auf die Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte. Die gemischten Einheiten führen vor allem Infanterieoperationen in kritischen Regionen wie dem Unruhedistrikt Chahar Darreh südwestlich von Kunduz-Stadt durch.

Wer sind die Aufständischen?

Taliban

Die meisten örtlichen Taliban-Einheiten hatten sich im Winter 2001/2002 aufgelöst, bestehende Netzwerke blieben aber erhalten. So war es den Taliban möglich, ab spätestens 2005 mit Hilfe lokaler Anhänger wieder Fuß zu fassen. Dieser Wiederaufbau von Strukturen wurde von den deutschen Truppen in Kunduz nicht wahrgenommen.

Ziel der nach wie vor von Mulla Omar geführten Taliban ist es, das »Islamische Emirat« wieder aufzubauen, das von 1996 bis 2001 bestand. In diesem Staat soll die Sharia – in der Auslegung der Taliban – zur Grundlage der Rechtsprechung und des gesellschaftlichen Lebens werden. Deshalb versuchen die Taliban in den umkämpften Provinzen quasistaatliche Parallelstrukturen zu etablieren. An deren Spitze stehen auch in den nordöstlichen Provinzen und Distrikten sogenannte Schattengouverneure. Die Einrichtungen der Taliban sind oft effizienter als die des afghanischen Staates. In Kunduz kontrollierten die Taliban nach 2007 zeitweilig mehrere Distrikte, in denen sie Recht sprachen und Steuern und Zölle erhoben.

Die Taliban, die stärkste aufständische Gruppierung im Raum Kunduz, sind eine

fast ausschließlich paschtunische Bewegung. Ihre Hochburg im Norden ist die Provinz Kunduz, wo Paschtunen rund 40 Prozent der Bevölkerung stellen. Das Personal der Taliban in Kunduz rekrutiert sich auf allen Hierarchieebenen aus lokalen und externen Kämpfern, die aus anderen Landesteilen stammen, vornehmlich aus Süd- und Ostafghanistan.

Kunduz hat im kollektiven Bewusstsein der Taliban eine besondere Stellung inne. 1997 konnten sie die Stadt einnehmen, weil mehrere lokale paschtunische Kommandeure (unter anderem der Hezb-e Islami) mit ihren Milizen nahezu geschlossen überliefen. Zeitgleich erlitten die Taliban jedoch schwere Niederlagen im Norden. Kunduz war somit für rund ein Jahr das einzige urbane Zentrum, das sie dort halten konnten. Die Stadt war lange von Truppen der Nordallianz eingekesselt und wurde von den Taliban phasenweise über eine Luftbrücke versorgt. Nur die Unterstützung durch die ansässigen Paschtunen bewahrte die Taliban vor einer Niederlage. Kunduz wurde später zum Brückenkopf, von dem aus sie weite Teile Nordafghanistans eroberten.

Noch bedeutsamer für die Taliban scheinen die traumatischen Ereignisse von 2001 gewesen zu sein: Kunduz war neben Kandahar die letzte Stadt, die Ende November 2001 noch nicht vor der Nordallianz kapitulierte hatte. In Kunduz befanden sich neben paschtunischen Kämpfern und Personal des pakistanischen Militärgeheimdienstes ISI auch viele pakistanische, arabische (al-Qaida) und zentralasiatische Freiwillige. Eine große Zahl von ihnen wurde kurz vor der Kapitulation von der pakistanischen Luftwaffe ausgeflogen. Viele der Übriggebliebenen wurden Opfer eines Massakers, das die Milizen des damals mit den USA verbündeten Kriegsfürsten Rashid Dostum an den Gefangenen verübten.

Eine Reihe von späteren Kommandeuren der Taliban, darunter der im Mai 2007 getötete Mulla Dadullah und der im Februar 2010 in Karachi festgenommene Mulla Baradar, hatten an der Schlacht um Kunduz teilgenommen und wollten die Stadt

zurückgewinnen. Es ist kein Zufall, dass Mulla Baradar einer der Hauptverantwortlichen dafür war, dass der Aufstand in Nordostafghanistan ab 2006 eskalierte.

Die Provinz Kunduz hat an strategischer Bedeutung für die Taliban gewonnen. Eine der wichtigsten Nachschublinien der Nato/ISAF führt seit 2009 von der tadschikischen Grenze im Norden durch die Provinz Kunduz nach Baghlan und Kabul. Ziel der Taliban ist es, den Transport auf dieser Straße nachhaltig zu stören. Durch Ausweitung des Aufstands auf Gegenden außerhalb des paschtunischen Kernlands können die Taliban zudem die Schwäche der Karzai-Regierung besonders deutlich aufzeigen.

Die Islamische Partei (HIG)

Die Islamische Partei (Hezb-e Islami) ist stark auf ihren Führer Gulbuddin Hekmatyar zugeschnitten, der aus Kunduz stammt. Seit Ende der 1980er Jahre in Nordostafghanistan präsent, dürfte sie die heute zweitstärkste aufständische Gruppierung sein. Auch die HIG ist eine paschtunische Organisation, die ihre soziale Basis aber – im Unterschied zu den ländlich und tribal geprägten Taliban – unter städtischen und nichttribalen Paschtunen hat. Hekmatyar führt die in ihren Leitungsstrukturen einer links-revolutionären Partei nachempfundene Organisation autoritär. Sie verfügt über klare hierarchische Strukturen, Gremien und hat ein politisches Programm. Ihr politischer Flügel ist seit 2008 auch offiziell als politische Partei zugelassen. Zwar bestreitet dieser Flügel jegliche Kooperation mit Hekmatyar, doch gilt als wahrscheinlich, dass dieser über alle Teile der Organisation die Kontrolle hat.

In den 1980er Jahren avancierte die HIG unter Führung Hekmatyars zu einer der einflussreichsten Mudschaheddin-Gruppierungen und erhielt militärische und finanzielle Unterstützung von den USA, Pakistan und Saudi-Arabien. Seit den späten 1980er Jahren war sie auch eine der stärksten Widerstandsgruppen in Kunduz und spielte bis 1997 eine wichtige Rolle in der Politik

der Stadt. Sie kontrollierte etwa den heute so unruhigen Distrikt Chahar Darreh.

Erst mit dem Ausgreifen der Taliban auf Nordafghanistan und nachdem Hekmatyar 1997 in den Iran geflohen war, schwand die Bedeutung der Partei rapide. Die Mehrheit der HIG-Kader und Kämpfer in Kunduz schloss sich den Taliban an. Dennoch blieben alte Netzwerke intakt und behielten zahlreiche Funktionäre der HIG während der Herrschaft der Taliban ihre Ämter.

Dies erleichterte es Hekmatyar, nach seiner Rückkehr aus dem Exil 2002 erneut eine selbständige und schlagkräftige Gruppierung aufzubauen, die mit den Taliban zusammenarbeitete und ausländische Truppen bekämpfte. Sie operiert vor allem im Osten des Landes und machte mehrfach durch anspruchsvolle militärische Aktionen auf sich aufmerksam, etwa durch das fehlgeschlagene Attentat auf Präsident Hamid Karzai im April 2008 oder einen Hinterhalt, bei dem im August desselben Jahres zehn französische Soldaten in der Provinz Kabul getötet wurden.

Der bewaffnete Flügel der HIG hat im afghanischen Machtkonzert bei weitem nicht den Rang, den die Partei bis in die Mitte der 1990er Jahre genoss. Jedoch gelten bis zu einem Drittel der Provinzgouverneure sowie etliche Funktionäre des mittleren Verwaltungsapparates der Karzai-Administration als ehemalige Mitglieder, Anhänger oder Sympathisanten der HIG.

Obwohl die HIG zurzeit an der Seite der Taliban kämpft, unterscheiden sich ihre Ziele deutlich: Hekmatyar tritt für einen modernen islamischen Staat ein – das islamische Emirat der Taliban war ihm zu rückwärtsgewandt. Dass beide Organisationen letztlich konkurrieren, zeigte sich immer wieder an örtlichen Auseinandersetzungen, zuletzt bei blutigen Kämpfen in Baghlan im März 2010.

Die Islamische Bewegung Usbekistans (IBU)

Im Gegenzug für die Duldung stellte die 1998 in Afghanistan gegründete usbekische Organisation IBU den Taliban jedes Jahr

Hunderte usbekische, tadschikische, kirgisische, tschetschenische und uigurische Freiwillige für den Kampf gegen die Nordallianz zur Verfügung. Im Jahr 2001 ernannte Mulla Omar den Militärführer der IBU, Juma Namangani, zum Kommandeur einer Einheit ausländischer Kämpfer, der neben vielen Zentralasiaten auch Pakistanis und Araber angehörten. Diese »Brigade 21«, die aus mehr als 3000 Kämpfern bestanden haben soll, operierte im Norden des Landes.

Die IBU hatte damals ihre wichtigsten Basen in Kunduz und Takhar, wo sie sich auf dort ansässige Usbeken und Tadschiken stützte. In Kunduz stellen Usbeken rund 15 bis 25 Prozent der Bevölkerung, in Takhar sogar um die 40 Prozent. Da die Beziehungen der örtlichen Usbeken und Tadschiken nach Zentralasien eng sind, war die Gegend eine ideale Operationsbasis für die IBU. Mit dem Verlust dieser Basen im Herbst 2001 verlor die IBU auch jede Möglichkeit, militärisch auf Zentralasien auszugreifen.

Die IBU erlitt im Kampf gegen die Amerikaner und die afghanische Nordallianz Ende 2001 hohe Verluste. Neben Juma Namangani wurden Hunderte Zentralasiaten getötet. Die Reste der Organisation zogen sich unter Führung ihres Emirs Tahir Yoldashev nach Pakistan zurück. Die zentralasiatischen Kämpfer fanden Zuflucht bei paschtunischen Stämmen in Süd-Waziristan. Die IBU stellte trotz ihrer Verluste ab 2002 mit mehr als 1000 Kämpfern das stärkste ausländische Kontingent in den pakistanischen Stammesgebieten.

Die ursprünglich usbekische Organisation hatte sich zum Ziel gesetzt, das Regime des usbekischen Präsidenten Islam Karimov zu stürzen. Seit einigen Jahren verfolgt sie nach dem Vorbild der al-Qaida eine stärker transnational ausgerichtete Agenda. Seit 2008 sind ihre Kämpfer vermehrt in Kunduz und Takhar aktiv, wo die IBU neben Taliban und HIG schnell zu einer der schlagkräftigsten Gruppierungen geworden ist. Die IBU profitiert auch heute von der Unterstützung der dort lebenden ethnischen Usbeken und Tadschiken.

Im Laufe des Jahres 2008 entsandte sie erfahrene Ausbilder aus Pakistan und baute im Untergrund eine neue Infrastruktur in Kunduz und Takhar auf. Spätestens 2009 waren zahlreiche IBU-Kämpfer vor allem in Kunduz aktiv. Ein Warnzeichen sind auch verstärkte Aktivitäten der Organisation in Tadschikistan.

Einer breiteren Öffentlichkeit wurde die Präsenz der IBU im Raum Kunduz erst im Frühjahr 2010 bewusst. An dem aufsehenerregenden Angriff auf eine Bundeswehr-Patrouille am Karfreitag, bei dem drei Soldaten getötet wurden, waren IBU-Kämpfer zumindest beteiligt. Bei diesem Angriff wie auch in anderen Fällen zeigten sich die militärischen Fähigkeiten der IBU-Kämpfer. Schon seit den 1990er Jahren gelten sie als Elitesoldaten der jihadistischen Bewegung.

Der Grund für die Bemühungen, im Raum Kunduz erneut Fuß zu fassen, dürfte erstens der wachsende Druck gewesen sein, dem die IBU seit Frühjahr 2007 in Süd-Waziristan ausgesetzt war. Seitdem mehrten sich die Angriffe der Pakistanis und Amerikaner. Im Oktober 2009 startete die pakistanische Armee in Süd-Waziristan eine Offensive gegen pakistanische Taliban und die IBU, in deren Verlauf die IBU ihre Hochburgen aufgeben musste.

Zweitens hoffte die IBU, im afghanischen Norden erneut ein Sprungbrett Richtung Zentralasien aufbauen zu können. Kunduz und Takhar sind aufgrund der engen Kontakte der IBU zu ansässigen Usbeken dafür bestens geeignet.

Drittens hat die IBU ausdrücklich anti-europäische und antideutsche Motive. Dies zeigte sich beispielsweise in einem Video des IBU-Führers Tahir Yoldashev vom März 2009, in dem er die Europäische Union als den »schlimmsten Feind des Islam« bezeichnete. Die IBU sieht die EU und Deutschland als Komplizen des Karimov-Regimes. Darüber hinaus wird Deutschland aufgrund seiner Präsenz in Nordostafghanistan zum Gegner.

Haqqani-Netzwerk, Islamische Jihad-Union und al-Qaida

Das Haqqani-Netzwerk ist neben den Taliban und der HIG die wichtigste aufständische Gruppierung in Afghanistan – und diejenige mit den engsten Kontakten zu al-Qaida und der usbekischen Islamischen Jihad-Union. In Kunduz ist das Netzwerk jedoch nur sporadisch aktiv und deutlich schwächer als Taliban, HIG und IBU.

Ursprünglich agierte das Haqqani-Netzwerk vor allem in den Provinzen Paktia, Paktika und Khost (im Militärjargon »P2K«) im Osten Afghanistans. Hier siedelt der Stamm der Zadran-Paschtunen, dem die Haqqani-Familie angehört. Es geht Haqqani vor allem um die Kontrolle dieser Region. Das Rückzugsgebiet der Organisation liegt im pakistanischen Nord-Waziristan, wo auch al-Qaida und IJU ihre Basen haben.

Besondere Prominenz erlangte Haqqani, weil er seit 2007 sein Operationsgebiet über P2K hinaus auf Kabul ausdehnte. Die meisten aufsehenerregenden Anschläge in der Hauptstadt gehen auf das Haqqani-Netzwerk zurück – so die Attentate auf die indische Botschaft und das Serena-Hotel im Jahr 2008. Es profitiert dabei vom Know-how der al-Qaida, mit der seine Kämpfer eng kooperieren.

Im Raum Kunduz unterstützt das Haqqani-Netzwerk vor allem Zadran-Paschtunen, die in den 1920er Jahren nach Kunduz umgesiedelt wurden. Die Initiative zur Zusammenarbeit scheint allerdings eher von diesen als von der Organisation ausgegangen zu sein. Als sich lokale Zadran entschieden, am Aufstand teilzunehmen, wandten sie sich an Haqqani, zu dem sie über ihr ursprüngliches Siedlungsgebiet bei Khost enge Beziehungen haben. Hilfe kam in Form von Ausbildung und Geld. Aufgrund seiner geringen Schlagkraft scheint das Haqqani-Netzwerk in Kunduz nur in Zusammenarbeit mit anderen aufständischen Gruppierungen zu agieren.

So kamen mit dem Haqqani-Netzwerk auch al-Qaida und möglicherweise vereinzelt Kämpfer der usbekischen Islamischen Jihad-Union (IJU) nach Kunduz. Bei

dieser Organisation handelt es sich um eine kleine Splittergruppe der IBU, die früher als diese auf eine Internationalisierung des Kampfes drängte.

Al-Qaida dagegen operiert im Raum Kunduz – wie in Ost-Afghanistan auch – in eher unterstützender Funktion. Zellen von drei bis vier Personen kümmern sich vor allem um den Transfer von terroristischem Know-how, aber auch um die Einschleusung von Selbstmordattentätern.

Bruchlinien unter den Aufständischen nutzen

Faktoren und Indikatoren der hier nachgezeichneten sukzessiven Eskalation der Sicherheitslage im Raum Kunduz wurden von der Bundesregierung oftmals nicht richtig eingeschätzt, geschweige denn frühzeitig erkannt. Dies liegt auch daran, dass die Kenntnis der ideologischen und strategischen Unterschiede der am Aufstand beteiligten Gruppierungen in Deutschland gering ist. Gerade im Hinblick auf die angestrebten Verhandlungen und den Aussöhnungsprozess sind solche Kenntnisse jedoch elementar und eminent wichtig.

In keiner anderen afghanischen Region ist die Aufstandsbewegung so divergent wie im Raum Kunduz. Das Wissen um die unterschiedlichen Ziele und die sozialen und ethnischen Rekrutierungsbasen der beteiligten Organisationen müsste weit mehr als bisher die militärische Bekämpfung wie auch die Gespräche mit den Aufständischen anleiten.

Militärisch bekämpft werden sollten in erster Linie die transnationalen Organisationen (al-Qaida, IBU, IJU) und diejenigen afghanischen Aufständischen, die von Pakistan aus gesteuert werden. Lokalen Aufständischen in den Reihen von Taliban, HIG und Haqqani-Netzwerk, die aus Kunduz stammen, müssen hingegen Alternativen zum bewaffneten Kampf angeboten werden, zum Beispiel Arbeitsplätze und ein Aussöhnungsprogramm. Ferner müssen Konflikte um Landbesitz und ungelöste Flüchtlingsfragen bearbeitet werden, von

denen vor allem Paschtunen betroffen sind. Nur so lässt sich verhindern, dass Angehörige dieser Bevölkerungsgruppe für den Aufstand rekrutiert werden.

Sollte es auf nationaler Ebene zu ernsthaften Verhandlungen mit Aufständischen kommen (bisher werden nur Vorgespräche geführt), müssen Absprachen in den Provinzen getroffen werden. Um geeignete lokale Partner zu identifizieren, ist es unabdingbar, die geographische und ethnische Herkunft der im Raum Kunduz aktiven Gruppierungen und ihre Anbindung an Organisationen wie Taliban, HIG, IBU und Haqqani-Netzwerk genau zu kennen. Dies mag banal klingen, ist aber eine nach sieben Jahren deutscher Präsenz noch immer

nicht erfüllte Voraussetzung für eine zielgerichtete Politik im Raum Kunduz.

Eine weitere wichtige Voraussetzung für den Erfolg der auf Kampf und Gespräche setzenden Doppelstrategie ist, dass die USA und ihre Verbündeten nicht den Eindruck erwecken, dass sie rasch abziehen werden. Denn seit die US-Regierung angekündigt hat, 2011 den Rückzug ihrer Truppen einzuleiten, glauben die Aufständischen, dass der Druck der Amerikaner ab 2011 nachlassen wird. Wie für die USA sollte auch für Deutschland gelten, dass ihre Truppen das Land erst dann verlassen sollten, wenn der afghanische Staat in der Lage ist, tatsächlich selbst Verantwortung für die Sicherheit des Landes zu übernehmen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2010
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

Karte

Afghanistan und seine Nordostprovinzen im regionalen Umfeld

